

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 21 (1945-1946)
Heft: 4

Artikel: Blick auf die Schweiz
Autor: Dürrenmatt, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1069444>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

BLICK AUF DIE SCHWEIZ

Von Peter Dürrenmatt

Die Jahreswende ist für alle Haushalter eine Zeit der Bilanzen, eine Zeit, da man Rechenschaft ablegt über Soll und Haben. Das ist für die privaten nicht anders als für die öffentlichen Haushalte. Daher ist im Dezember die Behandlung der Voranschläge das wichtigste Geschäft der Behörden in den Gemeinden, Kantonen und im Bund.

Zum erstenmal seit sechs Jahren konnte über Friedensvoranschläge debattiert werden. Der Krieg war die Zeit der Ungewißheit gewesen. Daher war man dazu übergegangen, zwei Rechnungen zu führen, eine ordentliche und eine außerordentliche, kriegsbedingte, ein Verfahren, zu dem bereits die Jahre der schweren Krise eingeladen hatten. Der Krieg als Moment der Unsicherheit ist vorbei. Die vielstelligten Zahlen der Kriegsschulden aber sind geblieben. Budgetieren heißt jetzt, die Last der Schuldentilgung und Verzinsung mit dem notwendigen, laufenden Finanzbedarf in ein gesundes Verhältnis zu bringen. Als besonderer Vorzug darf dabei bezeichnet werden, daß die schweizerische Wirtschaft vollbeschäftigt ist und die kommunalen und kantonalen Voranschläge sowie das Bundesbudget nicht durch Maßnahmen der Krisenbekämpfung belastet werden müssen.

Im übrigen zeigt uns ein Blick auf die schweizerischen Budgetprobleme zu Ende 1945 noch zwei besondere Erscheinungen. Eidgenössisch stellt sich, genau so wie nach dem ersten Krieg, das Problem der Militärausgaben. Das erste Friedensbudget des Militärdepartements übersteigt die Summe von 800 Millionen Franken. Es ist also fast zehnmal größer, als das Militärbudget der ersten Friedenszeit nach dem Krieg von 1914 bis 1918 gewesen ist! Wobei allerdings sogleich hinzugefügt werden muß, daß der größte Teil

der Ausgaben in diesem Friedens-Militärbudget gebunden sind, sei es als Zinsen für gemachte Auslagen, sei es für Aufträge, die jetzt nicht ohne weiteres unterbrochen werden können.

Parlament und Volk sind in ihrer überwiegenden Mehrheit heute entschieden für eine wehrhafte Schweiz eingestellt. Der überschwängliche Friedensoptimismus der Nachkriegsjahre von 1918 fehlt. Die Schweiz will das Opfer der Militärausgaben tragen, aber sie fordert ihre sinnvolle und überlegte Verwendung. Die rege Diskussion über wehrpolitische Fragen, die heute eingesetzt hat und deren eines Stichwort lautet: «Demokratisierung der Armee», ist nicht nur eine Mode. Man wird in Bern gut daran tun, dieses demokratische Interesse an der Armee, zum Vorteil der Wehrfreude, ernst zu nehmen!

Ein anderes Problem der Budgetgestaltung ist die Tatsache, daß die Voranschläge vieler Kantone und Gemeinden bedeutend besser aussehen als der des Bundes. War für diesen der Krieg eine Schuldenzeit, so war er für jene eine Zeit guter Abschlüsse. Es hat sich daraus, besonders in den beiden großen Kantonen Bern und Zürich, eine Diskussion darüber erhoben, ob jetzt nicht der Augenblick gekommen wäre, den Steuerfuß zu senken. Auch hinter diesem Finanzproblem steht eine grundsätzliche Überlegung: Soll der Staat, in den Zeiten der Konjunktur, die Steuern senken oder soll er seine Schulden tilgen, um in Zeiten der Krise neue machen zu können, mit denen er dann die Arbeitsbeschaffung bezahlt? Wir lassen die Antwort, wer nach unserm Dafürhalten recht habe, für diesmal offen. Uns genügt der Hinweis, daß auch hinter dieser Frage tiefere und grundsätzliche Zusammenhänge stehen, die sich auf Gestalt und Wirken des Wohlfahrtsstaates beziehen.